

Werner Pfisterer

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

hd.report

Berichte rund um Stadt und Land



hd.report Nr. 19 / Juli 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Mittelpunkt meines aktuellen Newsletters steht dieses Mal die Landespolitik. Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) wurde am Mittwoch, 14. Juni 2006 mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt. Bei seiner Wiederwahl im Landtag in Stuttgart erhielt der 52-jährige Regierungschef 85 Stimmen und damit auch mindestens eine Stimme aus der Opposition. CDU und FDP haben zusammen 84 Sitze im Landtag.



Nach seiner Wahl wurde Oettinger von Landtagspräsident Peter Straub (CDU) vereidigt. Er leistete einen Schwur auf die Landesverfassung nach religiöser Formel: «Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.» Mit den Stimmen der Regierungskoalition bestätigte der Landtag Oettingers CDU/FDP-Ministerliste. Auch die Ressortchefs sowie die Staatssekretäre mit Kabinettsrang wurden von Straub vereidigt. In der Ministerriege gab es keine Veränderungen, neu in die Regierung kamen Dietrich Birk (CDU) als Kulturstatssekretär, Richard Drautz (FDP) als Wirtschaftsstaatssekretär und Claudia Hübner (CDU) als ehrenamtliche Staatsrätin für demographischen Wandel und für Senioren.

CDU und FDP regieren im Südwesten seit zehn Jahren gemeinsam. Die CDU hatte bei

der Landtagswahl am 26. März dieses Jahres 44,2 Prozent der Stimmen geholt und damit die absolute Mehrheit der Sitze nur um ein Mandat verfehlt. Die Liberalen hatten 10,7 Prozent und 15 Sitze erzielt. (Foto: Staatsministerium)

Werner Pfisterer MdL bleibt Vorsitzender des Arbeitskreises VIII (Wissenschaft, Forschung und Kunst) der CDU-Fraktion

Die CDU-Landtagsfraktion ist die größte der vier Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg. Die Fraktionsversammlung ist die Vollversammlung aller Fraktionsmitglieder. Als oberstes beschlussfassendes Organ entscheidet sie über die Grundlinien der Politik der CDU-Landtagsfraktion. Sie wirkt mit bei Entscheidungen über wichtige Personal- und Sachfragen, nimmt zu den Beratungen der Arbeitskreise Stellung und berät die Tagesordnung der Plenarsitzungen. Die Fraktionsversammlung tritt in der Regel wöchentlich zusammen.

Um ihre Aufgaben zielgerichtet und effizient wahrnehmen zu können, hat sich die Fraktion eine an den Erfordernissen des parlamentarischen Geschäfts ausgerichtete Organisationsstruktur gegeben.



Werner Pfisterer

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

hd.report

Berichte rund um Stadt und Land



Die Führung der Fraktion liegt beim Fraktionsvorsitzenden. Dabei wird er vom Geschäftsführenden Fraktionsvorstand und dem Fraktionsvorstand unterstützt. Die politische Vorberatung findet innerhalb der Fraktion in den Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen statt; für einzelne Politikbereiche sind zudem Sprecher benannt worden. Die Fraktionsgeschäftsstelle ist das Beratungs- und Dienstleistungszentrum für die Gremien und die einzelnen Abgeordneten.

Für jeden Fachausschuss des Landtags hat die Fraktion einen Arbeitskreis eingerichtet. Diejenigen Abgeordneten, die Mitglied eines Landtagsausschusses sind, sind auch Mitglied des entsprechenden Fraktionsarbeitskreises. Die Arbeitskreise beraten die in ihrem Sachgebiet anstehenden Aufgaben und Vorlagen, sie bereiten die parlamentarischen Initiativen vor und führen regelmäßig Fachgespräche.

Auf dem auf Seite 1 abgebildeten Foto sind alle Mitglieder des AK VIII zu sehen: Dr. Reinhard Löffler MdL, Klaus Tappeser MdL, Johanna Lichy MdL, Christoph Palm MdL, Paul Locherer MdL, Sabine Kurtz MdL, Dr. Klaus Schüle MdL, Werner Pfisterer MdL (Vorsitzender) und Katrin Schütz MdL. (von links nach rechts) Foto: Heiko Kusche

Oberbürgermeisterkandidat Dr. Eckart Würzner bewegt Heidelberg



Seine Bilanz als Umweltbürgermeister der Stadt Heidelberg ist ausgezeichnet, seine Politik bürgernah und sachorientiert: **Dr. Eckart Würzner**. Bei der Oberbürgermeisterwahl im Oktober 2006 können die wahlberechtigten Heidelbergerinnen und Heidelberger darüber entscheiden, wer zukünftig an entscheidender Stelle im Rathaus die Geschicke unserer Stadt leiten wird. Dr. Eckart Würzner hat alle Voraussetzungen für dieses Amt - und meine ganze Unterstützung! Foto: Nicole Huber

Impressum

Der hd.report ist ein Rundbrief des Heidelberger Landtagsabgeordneten und Stadtrats Werner Pfisterer (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: **Werner Pfisterer MdL** (verantw.)
Freiburger Straße 54, 69126 Heidelberg
Telefon 06221.302667 Telefax 06221.315461

Redaktion und Gestaltung: **Matthias Busse**
Mobil 0171.6809454

Bei Fragen oder Anregungen wenden Sie sich bitte an das Abgeordnetenbüro von Werner Pfisterer MdL:
Adlerstraße 1/5, 69123 Heidelberg
Telefon 06221.608080, Telefax 06221.608088

Weitere Informationen über die politische Arbeit von Werner Pfisterer MdL finden Sie im Internet:

www.pfisterer.net

Fußball-WM schafft Arbeitsplätze



Die Fußball-WM schafft Arbeit und Wachstum in Deutschland und in Baden-Württemberg. Das geht aus einer aktuellen Auswertung von Unternehmensbefragungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hervor. Demnach können der Imagegewinn für Deutschland, steigende Touristenzahlen, die verbesserte Infrastruktur und eine grundsätzlich bessere Stimmung beim deutschen Verbraucher die Fußball-WM zu einem wirtschaftlichen Erfolg werden lassen.

Werner Pfisterer

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

hd.report

Berichte rund um Stadt und Land



Regierungserklärung von Ministerpräsident Günther H. Oettinger MdL am 21. Juni 2006: „Solide, innovativ, leistungsbereit - gemeinsam für ein generationengerechtes Baden-Württemberg“

Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) hat das Land, seine Ministerien und Behörden auf einen **Sparkurs** eingestimmt. „Es wird in Zukunft nicht mehr Geld geben. Im günstigsten Fall werden wir den Status quo durch Solidarpakte wie bei den Hochschulen und beim Sport fortschreiben“, sagte Oettinger in der zweiten Regierungserklärung seiner Amtszeit vor dem Landtag in Stuttgart. Allerdings werde die CDU/FDP-Landesregierung alles für eine bessere Bildung und Kinderbetreuung im Land tun. „Jeder Euro, der dafür neu benötigt wird, wird an anderer Stelle im Haushalt einzusparen sein“, unterstrich Oettinger.

In seiner eineinhalbstündigen Rede konzentrierte sich der vor einer Woche mit einer Stimme über der Koalitionsmehrheit im Amt bestätigte Regierungschef auf die Themen **Wirtschaft und Arbeitsmarkt**, Ausbau des Verkehrsnetzes, Pflege und Betreuung alter Menschen, Umwelt, Energie und Naturschutz. Er kündigte an, die Messen in Stuttgart und Hannover würden eine auf Projekte im In- und Ausland bezogene Kooperation eingehen. Einer zweiten Start- und Landebahn auf dem Flughafen Stuttgart stehe er derzeit ablehnend gegenüber.

Oettinger legte auch ein leidenschaftliches Bekenntnis zur geplanten **Föderalismusreform** ab und plädierte für eine aus seiner Sicht überfällige Neuordnung der Bundesländer: „Die Debatte um wenige, leistungsfähigere Länder muss offensiv geführt werden.“

Deshalb komme für ihn auch eine Grundgesetzänderung in Betracht, um Volksabstimmungen im Bund über ein nationales Thema wie die Fusion einzelner Länder zu ermöglichen. Für denkbar hält es Oettinger auch, dass die betroffenen Länder einen Zusammenschluss in den Parlamenten und

nicht in einem Volksentscheid beschließen; an einem Volksentscheid war in Brandenburg 1996 die geplante Fusion mit Berlin gescheitert.



Konkrete Kürzungen im Landesetat nannte der Ministerpräsident nicht. Er sagte, Programme mit steigenden Ausgaben würden gedeckelt und freiwillige Leistungen des Landes um fünf Prozent gekürzt. Oettinger zeigte sich entschlossen, die Verwaltung innerhalb der Ministerien und anderen Behörden erheblich zu straffen. Es sei nicht sinnvoll, dass sich unterschiedliche Stellen parallel mit den gleichen Aufgaben beschäftigen. „Deshalb wird das Land die Schaffung gemeinsamer Servicezentren für Behörden und öffentliche Einrichtungen voranbringen.“

Oettinger schloss angesichts drastisch steigender Pensionsausgaben Einschnitte bei der Beamtenversorgung nicht aus. Es bleibe auch bei der Verlängerung der **Lebensarbeitszeit** der Staatsdiener auf 67 Jahre.

Der **Abbau der Verschuldung** habe „absolute Priorität gegenüber allen anderen Einzelmaßnahmen“, betonte der Regierungschef. „Ohne ausgeglichenen Haushalt ist eine zukunftsfähige Politik nicht möglich.“ Die CDU/FDP-Koalition will dafür sorgen, dass das Land vom Jahr 2011 an keine neuen Schulden mehr aufnimmt. Für das laufende Jahr sieht der Etat noch eine Nettokreditaufnahme von

Werner Pfisterer

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

hd.report

Berichte rund um Stadt und Land



knapp zwei Milliarden Euro vor.

Oettinger kündigte zudem an, das Land werde sein Beratungsangebot in verschiedenen Bereichen verringern: „Wir werden prüfen, welche Aufgaben wir an gesellschaftliche Organisationen oder die private Wirtschaft abgeben können.“ **Staatliche Fördermaßnahmen und Subventionen** müssten sich in Zukunft einem Controlling unterwerfen.

Im **Naturschutz** will der CDU-Politiker analog zur Nullverschuldung den siedlungsbedingten Flächenverbrauch im Südwesten auf „Netto-Null“ bringen. Der Anteil erneuerbarer Energieformen an der Stromerzeugung solle bis 2010 auf 11,5 Prozent steigen. Finanziert werden soll deren Erforschung und Markteinführung durch Gewinne, die Oettinger aus längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke erhofft. Dies will er mit der Energie Baden-Württemberg (EnBW) in einer Vereinbarung festschreiben.

Der vollständige Text der Regierungserklärung, die unter dem Titel **"Solide, innovativ, leistungsbereit - Gemeinsam für ein generationengerechtes Baden-Württemberg"** stand, ist auf der Website www.pfisterer.net zu finden. Foto: Staatsministerium

Stefan Mappus MdL: Keine Schnellschüsse bei der Gesundheitsreform!



Mehr Glaubwürdigkeit in der Gesundheitspolitik der Bundesregierung und eine Reduzierung auf der Ausgabenseite mahnt die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg an. „Das was vor der Wahl gesagt wurde, muss nach der Wahl auch eingehalten werden“, sagte **Fraktionschef Stefan Mappus** mit Blick auf die erklärte Absicht, weitere Steuererhöhungen zu vermeiden. Um die Versicherten und Arbeitgeber von noch höheren Abgaben weitgehend zu verschonen, dürfe bei der Reform des

Gesundheitswesens nicht nur auf die Einnahmenseite geschaut werden. „Ziel einer Gesundheitsreform muss die Reduzierung der Ausgaben sein“, forderte Mappus.

„Auch die Krankenkassen müssen Strukturen hinterfragen und sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren“, so Mappus. Bei einer Reduzierung der Anzahl der Kassen könnten Synergieeffekte hergestellt und aufgeblähte Verwaltungen verschmolzen werden. „Wenn höhere Belastungen der Versicherten unvermeidbar sind, muss es genau so finanziellen Druck auf die Versicherungen geben“, forderte Mappus.

Als weiteres wichtiges Reformziel bezeichnete Mappus die **Reduzierung der Kosten für Medikamente**. Neueste Studien gehen davon aus, dass bis zu drei Milliarden Euro jährlich gespart werden könnten, wenn die Ärzte weniger teure Medikamente verschreiben.



„Ärzte sollen sich auf Patienten konzentrieren können“, was wir brauchen sind schlanke Prozesse und Ablaufoptimierung im Sinne einer optimalen Patientenversorgung“, sagte Mappus. Dazu gehöre es zum Beispiel auch im Sinne des Patienten, Mehrfachuntersuchungen zu vermeiden. Zielführend könne hierfür die flächendeckende Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sein.

Werner Pfisterer

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

hd.report

Berichte rund um Stadt und Land



Auf den Prüfstand müssen nach Meinung der CDU-Fraktion alle versicherungsfremden Leistungen und Quersubventionen.

„Wir verlangen von der Bundesregierung, kritisch zu durchleuchten, wo es ein Einsparpotential gibt. Es muss zum Beispiel hinterfragt werden, ob für selbstverschuldete Unfälle bei absoluten Risikosportarten weiterhin die Kassen und damit die Solidargemeinschaft der Beitragszahler aufkommen müssen.“



Die Pläne, private Krankenkassen in ein Fondsmodell mit einzubeziehen, hält Mappus für schwierig. „Nicht alles was gut klingt ist auch gut, ich warne vor Schnellschüssen.“ Vielmehr müsse es zwischen den Krankenkassen mehr Wettbewerb geben.

„Weil es bei den Privaten bereits Altersrückstellungen gibt, weckt dies offensichtlich Begehrlichkeiten, das Gesundheitssystem auf Kosten der privat Versicherten zu sanieren“, mutmaßte Mappus. Sachliche Gründe für einen solchen Systemwechsel gebe es nur bedingt. Während die gesetzlichen Krankenversicherungen bereits jetzt aus Steuermitteln mit finanziert werden, tragen sich die privaten selber, gab Mappus zu bedenken. Eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze für privat Versicherte lehnt die CDU-Fraktion ebenfalls ab, da sonst die bisher erreichte und als positiv zu bewertende Kostendeckung gefährdet wird. **„Die CDU-Fraktion verlangt von der Bundesregierung einen großen Wurf statt eines Reförmchens“** Jetzt müsse eine Reform her, die den Namen verdiene und nachhaltige Verbesserungen bringe.

Foto: Website Stefan Mappus

Werner Pfisterer MdL bleibt am Ball: Truppenveränderungen der US-Landstreitkräfte nehmen Gestalt an

Der Landtagsabgeordnete Werner Pfisterer teilt aktuell mit, dass es nun genauere Pläne für die Truppenveränderung der US-Landstreitkräfte in Deutschland gibt: Zahlreiche Einheiten in Europa (USAREUR) werden entweder deaktiviert, anderen Einheiten zugewiesen oder auch in die USA zurückverlegt.

Betroffen von dieser Maßnahme sind laut Informationen, die Pfisterer vorliegen, in Deutschland insgesamt etwa 12.500 Soldaten mit 18.750 Familienangehörigen sowie 503 amerikanische und 587 ortsansässige Zivilbeschäftigte. Was den Standort Heidelberg betrifft, bezieht sich Pfisterer auf eine Pressemitteilung des Hauptquartiers der US-Landstreitkräfte, die unter anderem eine Deaktivierung folgender Einheit im Jahre 2007 vorsieht: Headquarters, Headquarters Battery, V. Corps Artillery, Heidelberg.



Nach Rückfrage bei den Streitkräften verweist Pfisterer darauf, dass es sich um eine in Schwetzingen stationierte Einheit handelt. Heidelberg ist von dieser Maßnahme nicht betroffen. **Werner Pfisterer MdL wird in dieser wichtigen Angelegenheit weiter am Ball bleiben.**

Bürgersprechstunden von Werner Pfisterer MdL im Heidelberger Büro in der Adlerstraße 1/5 in Heidelberg-Wieblingen:

3. Juli 2006 (ab 16 Uhr) und 17. Juli 2006 (ab 16 Uhr)
Vorherige telefonische Anmeldung ist notwendig:
06221-608080